

ich-bin-sauarm-Preis: €0,50; mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: €1; meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: €100;

REVOLUTION

★ unabhängige Jugendorganisation ★ Nummer 33 ★ Januar/Februar 2008 ★



**KapitalistInnen:
Jump like it's 1929!**

**Was tun
gegen
die Krise?**

WWW. **REVOLUTION**.DE.COM

In dieser Ausgabe ★ Gegen den NATO-Gipfel ★ Rebellion in Griechenland ★ Invasion in Gaza

LIEBE REVO...

LESERINNENBRIEF AUS DEM BASKENLAND

Ich kann der Methode des „Internationalismus“, die ich bei REVOLUTION sehe, nicht zustimmen. Natürlich habe ich keinen Zweifel über eure guten Absichten. Doch ich glaube, dass der Internationalismus auf Solidarität zwischen den Völkern basieren muss. Normalerweise wenn spanische oder französische (...) RevolutionärInnen über „Gleichheit“ sprechen, meinen sie Gleichheit auf spanischer/französischer Grundlage. Sie wollen, dass wir unsere Identität zurücklassen und uns in der „modernen Welt“ „integrieren“, wo Spanisch/Französisch Universal Sprachen sind (so dass unsere Sprache nur eine völkische Erinnerung an die Vergangenheit darstellt, vielleicht nützlich zum Plaudern in der Küche aber keineswegs für bedeutsame Unterhaltungen). Und das können wir nicht akzeptieren. (...) Wir können keinen „imperialistischen Sozialismus“ akzeptieren (...) unsere einzige Wahl ist, die Unabhängigkeit anzustreben (...). Wenn wir das erreicht haben, können wir vielleicht versuchen, mit unseren französisch/spanischen GenossInnen zusammenzuarbeiten, aber zuerst müssen wir unser Überleben und Gleichberechtigung sichern (...).

Nineu, Euskal Herria (Baskenland)



← KURZE ANTWORT

REVOLUTION verteidigt bedingungslos das Recht unterdrückter Nationen auf Selbstbestimmung. Das bedeutet, dass nur die BewohnerInnen des Baskenlandes zu entscheiden haben, welche Sprache sie sprechen, in welchem Staat sie leben usw. Wir respektieren es, dass viele BaskInnen *Euskera* sprechen, weswegen wir auch einige Texte von uns auf baskischer Sprache veröffentlicht haben. Für uns sind gleiche Rechte, auch bei der Sprache, eine zentrale Voraussetzung für die Entstehung einer vereinigten revolutionären Bewegung der Jugend und der ArbeiterInnenklasse über alle Grenzen hinweg. Dennoch: die Probleme der baskischen Jugend heute (Arbeitslosigkeit, teure Wohnungen usw.) sind Probleme, die in ganz Europa zu finden sind. Deswegen ist die Zusammenarbeit von linken Jugendlichen und ArbeiterInnen in allen Ländern Europas dringend notwendig. Wir werden uns für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der BaskInnen einsetzen, damit eine Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe stattfinden kann. Aber die baskische Linke muss sich auch jetzt schon für internationale Einheit einsetzen.

von Iraultza, Revo

Wo ist dein Bericht/LeserInnenbrief?

Schick ihn einfach an: info@revolution.de.com
REVOLUTION erscheint alle zwei Monate. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung der Organisation decken.

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung



Jetzt
3 Wochen gratis*

Die Tageszeitung **junge Welt** Vielsprachig
 Ein Leitartikel mit 300000 Käufern und 100000
 Leser über die Zusammenhänge zwischen
 und dem Kampf für internationale Einheit
 und dem Kampf für internationale Einheit
 und dem Kampf für internationale Einheit
 und dem Kampf für internationale Einheit

Gegründet 1947, Satzungsbekanntmachung, 21.12.2008, Nr. 143 - 149 Euro - PPS 4.0000 - Einzelheft
 Klassifiziert über die 10

Ernstere Bedrohungslage
 Mit seinem neuen BKA-Gesetz will Innenminister Schäuble dem Bundeskriminalamt
 Geheimdienstbefugnisse übertragen. Von Frank Brundage

Schlecht gepappt
 Warum der Berlusconi in den USA in
 die Höhe schaffte, können nur
 die Medien erklären. Von Rainer Rupp

Nicht im Griff
 Auch Obama findet im saudi-arabischen
 Diktator ein Vorbild über
 Ernte ein. Von Rainer Rupp

Oben auf
 »Begegnung die heute vielleicht schon
 die der Normalität« Interview mit
 Beatrice Schenk, ANTIK-Schweiz

TESTABO / ABO

- Ja, ich teste die **junge Welt** für 3 Wochen kostenlos
Probabebo endet automatisch
- Ja, ich abonniere die **junge Welt** für mindestens ein halbes Jahr
- Frau Herr

Name/Vorname Revolution

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich)

Ich bestelle zusätzlich das

Internetabo (zum vergünstigten Preis von mtl. 5,00 Euro).

Ich bezahle das Abo

- monatlich (nur mit Bankeinzug),
- vierteljährlich (3 % Rabatt),
- halbjährlich (4 % Rabatt),
- jährlich (5 % Rabatt).

per Einzugsermächtigung Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Als Dankeschön für ein reguläres Abo erhalte ich als Prämie:



Ignacio Ramonet
»Fidel Castro. Mein Leben«
 Rotbuch Verlag,
 September 2008,
 800 Seiten

Ich bestelle das

- Normalabo (mtl. 28,90 Euro),
- Solidaritätsabo (mtl. 37,10 Euro),
- Sozialabo (mtl. 22,10 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Ich verzichte auf eine Prämie

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an: 0 30/53 63 55-44

* 3-Wochen-Testabo bestellen über:

Tel.: 0 30/ 53 63 55 82, Fax: 0 30/ 53 63 55 44 oder per E-Mail: abo@jungewelt.de

2 REVOLUSI

WWW.REVOLUTION.DE.COM

NATO? Niet!

Es sieht ganz danach aus, als beruhe die derzeitige Strategie der NATO auf einem schlechten Scherz – mindestens gründet sie aber auf einem riesigen Missverständnis: Dem Glauben, dass nach dem Zusammenbruch des Ostblocks (Warschauer Vertrag) nur der Westblock (NATO) übrig blieb und sich der gesamte Erdball diesem anbiedern müsste. Die NATO gerät jedoch zunehmend in die Defensive.

Der Auftrag der NATO

Der Sinn, den sich diese Nordatlantische Vertragsorganisation immer noch gibt, ist nicht einfach nur Frieden herzustellen, sondern die eigene Definition von Frieden durchzusetzen. Diese besteht in erster Linie darin, ihren Mitgliedsstaaten bzw. ihren Konzernen einen Vorteil zu verschaffen. Die NATO fungiert als militärischer Arm der westlichen Konzerne.

Mit militärischen Interventionen in Afghanistan und im Irak sollen Rohstoffe für westliche Konzerne gesichert werden, indem mittels so genannter „humanitärer Interventionen“ und „Wiederaufbauprogrammen“ ideale kapitalistische Staaten geschaffen werden. Beispielsweise hat die Übergangsverwaltung im Irak sehr schnell verschiedene Verfügungen erlassen: die völlige Privatisierung staatlicher Unternehmen, volle Besitzrechte ausländischer Firmen an irakischen Betrieben usw. Es wurden zu Beginn der Besatzung nahezu alle Handelsbarrieren abgebaut. Dazu kam ein Verbot von Streiks und einer Einschränkung gewerkschaftlicher Organisierung.

Diese Konzentration von Macht in den Händen der NATO ist beängstigend. Das „Ende der Geschichte“ (wie es nach dem Zusammenbrechen des „Ostblocks“ hieß) ist es aber nicht. Im Gegenteil. Die NATO-Mitglieder interessieren sich zunehmend für unterschiedliche Dinge. Die USA nutzen das Militärbündnis stets für ihre eigenen Zwecke und hatten darin ein geeignetes Mittel, um die Kosten der Kriege auf die anderen Mitglieder gleichmäßig verteilen zu können. Aber es war eben nur eine Koalition der willigen NATO-Mitglieder, die in den Irak einmarschiert ist. Das heißt, es gab andere NATO-Mitglieder, die dagegen waren.

Imperialistische Konkurrenz

Die konkurrierenden imperialistischen Interessen von USA und EU treten wieder vermehrt hervor. Damit einhergehend versuchen vor allem der deutsche und der französische Imperialismus, eine stärkere EU-weite Kooperation in der Militärpolitik voranzutreiben. Momentan ist das militärische Potential der EU zwar noch weit unter jenem der USA – das Militärbudget aller EU-Staaten zusammen ist deutlich niedriger als das der USA – doch hier wird versucht aufzuholen. Eine solche Politik aber verträgt sich nicht mit der NATO, die auf der Basis eines gemeinsamen Handelns des US- und der europäischen Imperialismen aufgebaut ist.

Es entstehen auch große regionale Gegenkräfte wie Russland, China, Indien usw. Im Georgienkrieg 2008 musste die NATO mit ansehen, wie der NATO-Anwärter Georgien von der Regionalmacht Russland in die Schranken gewiesen wurde. Ein weiteres Beispiel ist der große russische Widerstand gegen ein europäisches Raketenabwehrsystem und die Drohung, selbst Raketen an seiner Westgrenze zu stationieren. In den 90er Jahren wäre diese Machtdemonstration Russlands noch undenkbar gewesen.

Doch nicht nur zwischenstaatlich sondern auch innerstaatlich, praktisch vor unserer Haustür, nehmen Widersprüche zu. So richtete sich die globalisierungskritische Bewegung auch gegen die NATO. Internationale Gipfeltreffen wurden immer wieder von heftigen Protesten begleitet. So wie es die Aufgabe der NATO ist, den drohenden Verlust an ökonomischer Macht durch militärische Aktionen auszugleichen, so wird in ihren Mitgliedsstaaten auch nach innen zunehmend Repression als Mittel der Kontrolle angewendet. Das bedeutet auch, dass der Widerstand gegen den NATO-Gipfel im April 2009 wieder einmal unter erschwerten Bedingungen ab-

laufen wird. Demokratisch legitimierte Proteste wurden schon beim G8-Gipfel in Heiligendamm brutal angegriffen. Dank neuer Gesetze können die Reaktionen von Seiten der Polizei jetzt noch heftiger ausfallen.

Längerfristig deutet sich eine Schwächung der NATO an. Die beiden letzten Interventionen von NATO-Staaten in Afghanistan und im Irak führten nicht zu den gewünschten Erfolgen. Der Widerstand in Afghanistan gewinnt Tag für Tag an Kraft; Das eigentliche Ziel des Einsatzes im Irak, die Lieferbarkeit von Öl zu sichern und so den Erdölpreis niedrig zu halten, wurde verfehlt, denn die Preise für Öl waren nach dem Krieg durchschnittlich viel höher als zuvor. Von einer stabilen Ordnung ist die Region weit entfernt.

Revolutionäre Perspektive!

Verschiedene deutsche PolitikerInnen, z.B. von der FDP, kritisieren die NATO als veraltet, weil sie eine eigenständigere Militärpolitik Deutschlands befürworten. Eine solche „Kritik“ hat nichts mit Antimilitarismus zu tun – es ist nichts anderes als Werbung für einen deutschen Militarismus, der unabhängig von den USA agieren kann.

Dazu kommt eine rein pazifistische Kritik an der NATO, die die Verwandlung des Kriegsverbündnisses in eine Friedenskoalition fordert. Doch die NATO hat immer nur den Zweck erfüllt, Interessen westlicher Konzerne weltweit durchzusetzen, und wird kaum in der Lage sein, genau das Gegenteil zu machen.

Unsere Aufgabe muss es sein, diese Kritik an der NATO zu entlarven und dieser eine revolutionäre Perspektive entgegenzustellen. Der kapitalistische Traum einer perfekt ausbalancierten, friedlichen, multilateralen Ordnung ist und bleibt eben nur ein Traum. Der Grund für zunehmende Konflikte ist nicht allein die neokonservative Politik von George W. Bush (so wurden die Konflikte nur weiter geschürt), sondern im Wesentlichen Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise. Deswegen muss unser Ziel sein, die NATO nicht zu verbessern sondern zu zerschlagen – den Kapitalismus nicht zu reformieren sondern zu überwinden!

von Alex, Revo FU

**3.-4. April 2009:
Gegen das 60. Jubiläum
der NATO in Strasbourg
und Baden-Baden!**

100.000 im Streik

Der bundesweite Schulstreik am 12. November war ein großer Erfolg – jetzt ein Bildungsstreik im Mai/Juni?

100.000 SchülerInnen in ganz Deutschland sind am Mittwoch, den 12. November, in den Streik getreten. In mehr als 40 Städten gab es statt Unterricht Kundgebungen und Demonstrationen. An vielen Orten solidarisierten sich Studierende und LehrerInnen. Der Ausstand richtete sich gegen überfüllte Klassen, LehrerInnenmangel und das "Turboabitur", also die Verkürzung der Abiturzeit von neun auf acht Jahre. Der Streik richtete sich aber auch gegen das dreigliedrige Schulsystem, das dazu führt, dass in Deutschland das Bildungsniveau stärker vom sozialen Status abhängt als in jedem anderen entwickelten Land.

Berichte mit TeilnehmerInnenzahlen treffen noch ein, aber in einem vorläufigen Überblick heißt es: In Braunschweig gingen 10.000 SchülerInnen auf die Straße, in Hannover 8.500, in Berlin 8.000, in Stuttgart 8.000, in Bremen 7.000, in Hamburg 6.000, in Rostock 5.000, in Kiel 4.500, in Oldenburg 4.000, in Lüneburg 5.000, in Lübeck 2.000, in Bremerhaven 4.000, in Kassel 3.000, in Frankfurt am Main 3.000, in Göttingen 2.500, in Köln 2.000, in München 2.000, in Nürnberg 2.000 – und tausende mehr in 20 weiteren Städten. In Potsdam haben 150 Schüler eine Spontandemo durch die Innenstadt gemacht, um dann gemeinsam einen Zug zu besetzen und nach

Berlin zu fahren. In Dresden gab es einen SchülerInnenblock auf einer Studierenden-demo gegen das sächsische Hochschulgesetz, an der sich rund 6.000 beteiligt haben.

Die Erwartungen der VeranstalterInnen wurden weit übertroffen. Aimo Belling vom Kieler Schulstreikkomitee kommentierte: „Das letzte Mal, daß 5000 Leute an einem Wochentag im November in Kiel demonstriert haben, war vermutlich 1918.“ Weil eintägige Streiks nicht ausreichen, um den Bildungsabbau der letzten Jahre zu stoppen, kam es im Laufe des Tages immer wieder zu radikaleren Protestformen. In Hannover haben SchülerInnen am Mittwoch den Landtag blockiert, und dabei wurden sie von der Polizei brutal angegriffen. In Berlin wurde die Humboldt-Universität gestürmt, hunderte Jugendliche drangen in den Festsaal und schwenkten rote Fahnen vom Balkon. In Erfurt kam es kurzzeitig zur Besetzung des Schulamts. In Oldenburg wurde am Morgen eine Schule besetzt und alternativer Unterricht angeboten.

40.000 SchülerInnen waren bereits im Mai und Juni im ganzen Land auf der Straße. Die Bundesregierung versprach daraufhin Verbesserungen. Doch der Bildungsgipfel am 22. Oktober – ohne die Beteiligung von SchülerInnen – brachte so gut wie keine



Diese Sondernummer von REVOLUTION beinhaltet eine ausführliche Bilanz des Schulstreiks, mit vielen Berichten aus verschiedenen Städten – erhältlich für 1€ oder auf unserer Website

konkreten Ergebnisse. Nach dem Sommer gab es eine Kampagne für einen koordinierten, bundesweiten Streik – im Rahmen dessen gab es einen Kongress mit 200 SchülerInnen Mitte Oktober.

Die unabhängige Jugendorganisation REVOLUTION organisierte die Streiks und Demos in Berlin, Kiel, Dresden und Potsdam mit. Wir haben uns besonders darauf konzentriert, Solidarität zwischen den Schulstreiks und ArbeiterInnenkämpfen aufzubauen, vor allem mit den Streiks im öffentlichen Dienst in Berlin, an denen auch LehrerInnen beteiligt waren. Wie wir in unserem Redebeitrag in mehreren Städten betonten: „Geht gemeinsam mit ArbeiterInnen auf die Straße! ... Wenn wir unsere Ziele erreichen wollen – gute, freie Bildung für alle – müssen wir gemeinsam kämpfen. Wenn wir selbst die Kontrolle über Schulen und Betriebe erkämpfen, sind wir nicht mehr von der Gnade der Bosse und ihren gekauften Politikern abhängig.“

Die Bildungsproteste werden weitergehen. Um eine Strategie für diese Proteste auszuarbeiten, müssen wir „nach Süden schauen“, also nach Italien und Griechenland, wo in den letzten Monaten und Jahren SchülerInnen, Studierende und ArbeiterInnen gemeinsam gegen Bildungs- und Sozialabbau gestreikt haben und sich damit immer wieder durchsetzen konnten. Auf den Schulstreiks letzte Woche war die Forderung nach einem gemeinsamen Streik von SchülerInnen und ArbeiterInnen gegen die Bildungsmisere sehr populär. Der Schulterschluss mit der ArbeiterInnenbewegung muss ein strategisches Ziel der Bildungsproteste sein.

Diesen Bericht gibt es auf Englisch, Tschechisch und Portugiesisch auf unserer internationalen Website: www.onesolutionrevolution.org



Nach der Party kommt der Kater

Die Situation in den USA nach der Wahl von Barack Obama

Weniger als einen Tag nachdem Barack Obama offiziell als Sieger der US-Präsidentschaftswahlen feststand, lief eine neue Folge von South Park über die amerikanischen Fernseher, die die aktuelle Stimmung perfekt einfing: Randy Marsh zieht die ganze Nacht jubelnd und trinkend durch die Straßen um Obamas Sieg und den kommenden Wandel zu feiern. Im Laufe der Nacht schlägt er seinen Boss ins Gesicht, weil sich ja „alles ändern wird“. Am nächsten Morgen wacht er jedoch auf und entdeckt nicht nur, dass seine Hose und sein Fernseher gestohlen wurden, sondern erfährt auch noch, dass er gefeuert wurde. „Aber Obama hat doch gesagt, es wird sich was verändern! Dieser Hurensohn hat uns belogen!“

Diese Erfahrung wird sich in den kommenden Monaten und Jahren noch millionenfach auf verschiedenste Weisen wiederholen – nicht nur in South Park, Colorado. Es ist das erste Mal für unsere Generation, dass wir eine solche Welle der Begeisterung für die US-Präsidentschaftswahlen erleben konnten. In der Wahlnacht waren Millionen von feiernden Menschen auf den Straßen. Aber wird Obama wirklich das Leben der Schwarzen, ArbeiterInnen und Jugendlichen verändern können, die ihn unterstützt haben?

Obamas Politik

Keiner der Versuche der RepublikanerInnen, die amerikanischen ArbeiterInnen für sich zu begeistern, konnte darüber hinwegtäuschen, dass ihre Agenda hauptsächlich darin besteht, die Reichen noch reicher zu machen. Aber die DemokratInnen sind ebenso sehr, wenn nicht sogar noch mehr, an die Interessen der Wirtschaft gebunden. Von den wohlhabendsten US-AmerikanerInnen wurde Obama dreimal so stark unterstützt wie McCain – für all ihre Spenden werden sie auch eine Gegenleistung erwarten! Obama ist letztlich derselben Politik verpflichtet, wie die verhasste Bush-Regierung. Beispielsweise redet er davon, den Irakkrieg möglichst schnell zu beenden – allerdings nur, um mehr Truppen nach Afghanistan schicken zu können. Außerdem hat er vor, die gesamten US-Streitkräfte weiter auszubauen.

Genauso wie Bush betreibt Obama in erster Linie Politik für die herrschende Klasse der Vereinigten Staaten. Und die US-amerikanischen KapitalistInnen wollen keine Veränderung – zumindest nicht, wenn dabei ihre Macht in Frage gestellt wird. Sie wollen stattdessen ein neues Gesicht für ihr System. Sie

müssen sich von den militärischen und ökonomischen Fehlschlägen der letzten acht Jahre distanzieren, die der verantwortlichen US-Regierung eine so massive Ablehnung beschert haben. Sie brauchen einen Politiker, mit dem sich die Unterdrückten identifizieren können und der dazu taugt, dem gesamten System neue Legitimation zu verschaffen, damit die KapitalistInnen weiterhin das machen können, was sie immer getan haben: Die ArbeiterInnen und Unterdrückten auszubeuten – in den USA ebenso wie im Rest der Welt.

Für die Schwarzen war die Wahl ein historischer Moment. Ein Land das schwarze Menschen Jahrhunderte lang der Sklaverei, Ausgrenzung, Armut und Polizeigewalt ausgesetzt hat, hat nun einen schwarzen Präsidenten. Aber dies bedeutet weder das Ende des Rassismus noch den Beginn „post-rassistischer“ Politik. Der US-Kapitalismus diskriminiert ethnische Minderheiten systematisch, auch wenn einzelne Individuen in die herrschende Klasse integriert werden. Einen Afro-Amerikaner im höchsten Amt zu haben wird diese Diskriminierung genauso wenig beenden, wie die Tatsache, dass Colin Powell und Condoleezza Rice im Kabinett der Bush-Regierung saßen.

Perspektiven

Obama wurde von einer echten politische Bewegung an die Macht gebracht: Millionen von Menschen interessierten sich das erste Mal für Politik und erwarteten, mit ihrer Stimme etwas erreichen zu können. (Selbst in Europa und dem Rest der Welt werden große Hoffnungen in Obamas Präsidentschaft gelegt.) Dies eröffnet RevolutionärInnen die Chance, mit Menschen in Kontakt zu kommen, die lange Zeit nur passiv geblieben sind und die sich jetzt mit den Widersprüchen zwischen ihren Hoffnungen und der Realität unter der neuen Regierung auseinandersetzen müssen.

Obama repräsentiert weniger bestimmte Ideale als ein bestimmtes System. Als Führer des kapitalistischen US-Staates kann er die Maßnahmen nicht ergreifen, die notwendig wären, um die Lebensbedingungen der amerikanischen ArbeiterInnen zu sichern und zu verbessern: Er wird nicht verhindern, dass hunderttausende Familien im Zuge der Finanzkrise ihre Häuser verlieren, er wird die maroden Banken und Autohersteller nicht verstaatlichen, keine Jobs für die riesige Zahl Arbeitsloser schaffen und er wird weder die rechtliche Gleichheit der ArbeiterInnen garantieren, noch ein ausreichendes öffentliches Gesundheitssystem für alle Menschen einrichten.



Die ArbeiterInnen müssen stattdessen für die sich ausweitende Krise blechen: Sie verlieren ihre Häuser, ihre Jobs, ihre Renten. Die KapitalistInnen retten sich selbst und lassen die ArbeiterInnenklasse dafür bezahlen – zumindest solange wir nicht dafür kämpfen, der Krise des Kapitalismus eigene Antworten entgegenzusetzen. Den Millionen Menschen, die an Obama glauben, müssen wir klar machen, dass sie selbst aktiv werden müssen, wenn sie Veränderung wollen. Wir werden uns an diesen Kämpfen beteiligen aber gleichzeitig dafür eintreten, mit den zwei großen Parteien und dem System für das sie stehen, zu brechen.

Partei der ArbeiterInnen

Stattdessen benötigt die amerikanische ArbeiterInnenklasse dringend eine eigene Partei. Die amerikanischen Gewerkschaften haben in diesem Jahr hunderte Millionen Dollar für die Wahl eines kapitalistischen Kandidaten aufgewendet. Für diese Zahlungen, die mit den Beiträgen der organisierten ArbeiterInnen finanziert wurden, werden sie nichts außer Lippenbekenntnisse bekommen. Hätte stattdessen ein unabhängiger Kandidat der ArbeiterInnen, der für eine grundlegende Alternative zu den beiden Parteien der Bosse stünde, diese Ressourcen zur Verfügung, dann könnte er eine massive Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der US-Politik erreichen.

In den kommenden Jahren wird die Enttäuschung über Obama unvermeidlich sein. Revolutionäre sollten versuchen, diese Enttäuschung zu kanalisieren und sozialistische Alternativen zum Kapitalismus aufzuzeigen. Wichtige Schritte dafür wären eine eigene Partei, die die Interessen der ArbeiterInnen vertritt und eine unabhängige revolutionäre Jugendorganisation.

Randy Marsh kommt am Ende zu dem Schluss, dass er besser für McCain gestimmt hätte – die Wahrheit ist aber, dass ein radikaler Wandel in der Gesellschaft notwendig ist, um ihm aus seiner beschissenen Situation zu befreien.

REVOLUTION Internationale Koordinierung, 28.11.08

Welche Antwort

Die internationale Krise des kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftssystems greift weiter um sich. Nachdem in den letzten Monaten mehrere Banken und sogar ein ganzes Land (Island) bankrott gegangen sind, steht nun in den USA, in Japan und in Europa die Automobilwirtschaft vor dem Kollaps. Vor nicht einmal einem halben Jahr behaupteten die führenden VertreterInnen der internationalen Politik und Wirtschaft, dass das Ausmaß der angebrochenen Finanzkrise kaum der Rede wert sei. „Das System ist stabil“, „Staatliche Eingriffe sind unnötig“, „die Wirtschaft ist im Aufschwung“ – so oder ähnlich klangen die illusorischen Sicherheitsversprechen, die von den Ackermanns, Merkels, Greenspans und Paulsons dieser Welt reihenweise abgegeben wurden. Doch wie die obige Aufzählung zeigt, dienten diese Beschwichtigungen nur dazu, die riesigen Verwerfungen der Krise, die sich mitnichten nur auf den Finanzsektor beziehen, notdürftig zu verdecken. Banken, Auto- und Chemiekonzerne beteten inzwischen um staatliche Hilfspakete, die die Regierungen nur allzu bereitwillig verteilen. Passend dazu überboten sich alle möglichen „ExpertInnen“ mit Vorschlägen zur Rettung des krisengeschüttelten Systems: sie reichen von Forderungen nach stärkerer Regulierung des internationalen Finanzsystems bis hin zu vorübergehenden Verstaatlichungen und groß angelegten Konjunkturprogrammen. Von Kapitalismus insgesamt ist dabei mal wieder keine Rede.

Spekulation im Kapitalismus

Bei näherem Hinsehen werden allerdings mehrere Dinge klar: Sicherlich besteht der Auslöser der jetzigen Krise in der massiven Spekulation mit US-amerikanischen Immobilienkrediten in vielerlei Formen. Aber die riesigen Summen, mit denen spekuliert wurde, kommen ja nicht – zumindest nicht komplett – aus dem Nichts. Diese Kapitalströme resultieren aus den jahrzehntelangen horrenden Profiten der Produktionsunternehmen, die in Zeiten fallender Profitraten im Produktionssektor irgendwohin fließen müssen. Beispielsweise ist der US-Autokonzern General Motors inzwischen auch eine der größten Banken der Welt. All das heißt also, dass ursprünglich gesehen nicht die Finanzkrise der Auslöser einer Krise der „Realwirtschaft“ ist, sondern dass umgekehrt ohne die massive Überakkumulation (Anhäufung) von Kapital, welches nicht mehr in den Produktionsbereich reinvestiert werden konnte, die Entwicklung von riesigen Spekulationsblasen wie auf dem US-Immobilienmarkt gar nicht möglich gewesen wäre.

Aber auch bei kleineren Unternehmen ist klar, dass diese vom Finanzmarkt beeinflusst sind. Denn die Aufnahme von Krediten für zukünftige Investitionen ist ein grundlegender Mechanismus wirtschaftlicher Expansion. Und somit stehen auch die kleinsten Unternehmen in ständiger Wechselbeziehung mit der Bewegung der Kapitalströme am Finanzmarkt. Überhaupt zeigt sich vor diesem Hintergrund, dass die Trennung von „Realwirtschaft“ und „Finanzwirtschaft“ nur eine Illusion ist. General Motors ist das beste Beispiel für die längst stattgefundenene Verschmelzung. (Schon Lenin hat im Übrigen analysiert, dass im Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus das Industriekapital und das Bankkapital zum sog. Finanzkapital verschmelzen.) Außerdem ist es doch absurd, der Finanzwirtschaft Spekulation vorzuwerfen, wobei Spekulation doch das Grundprinzip des Kapitalismus darstellt: denn die Produktion von Gütern geschieht ja im Kapitalismus nicht auf der Basis von realen Bedürfnissen, sondern auf der Grundlage der Spekulation über zukünftig erzielbare Profite.

Welche Krise? Welcher Kapitalismus? Welche Lösungen?

Generell sind Krisen keine neue Erscheinung des „Casino-Kapitalismus“, wie dies von attac u.a. nur allzuoft dargestellt wird. Stattdessen sind sie Grundbestandteile des kapitalistischen Systems selbst. Denn der enorme Konkurrenzdruck zwischen den Unternehmen sorgt dafür, dass nur die profitabelsten unter ihnen überleben können. Die wichtigsten Mechanismen zur Steigerung des Profits sind der Aufbau von Lohndruck und die Steigerung der Produktivität. Folge davon sind kontinuierliche Angriffe auf die Situation der ArbeiterInnen, sowie die Überproduktion von Waren und die Überakkumulation von Kapital, in der Hoffnung, die Konkurrenten ausstechen zu können. Viele unprofitable Unternehmen gehen deshalb schon im kapitalistischen „Normalzustand“ pleite, in der Krise noch mehr. Damit einher gehen Kapitalvernichtung, Erwerbslosigkeit, Hunger und Elend vieler Menschen.

Weil die Krisenlösungsvorschläge von Regierung, Linkspartei, DGB, attac etc. den grundlegenden Zusammenhang zwischen Spekulation, Krisen und Kapitalismus nicht erkennen (wollen), verbleiben sie letztendlich immer auf der Ebene der Linderung von bestimmten Symptomen des Kapitalismus ohne seine Wurzeln anzugreifen. Ihre Konzepte lassen sich grob gesagt in drei Kategorien einteilen: eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, vorübergehende Verstaatlichungen von durch die Krise betroffenen Unternehmen sowie staatlich finanzierte Konjunkturprogramme.

Regulierung der Finanzmärkte

Alle gesellschaftlichen Akteure von attac bis zu den führenden PolitikerInnen, alle Publikationen vom Spiegel bis zur taz, prangern momentan den „Casino-Kapitalismus“ an und reden einer stärkeren Regulierung der „bösen“ Finanzwirtschaft das Wort (wie absurd die Trennung von „Real-“ und „Finanzwirtschaft“ ist, haben wir schon gezeigt). Es hat bereits ein internationaler Krisengipfel stattgefunden, bei dem sich die Eliten der westlichen Welt das Versprechen gaben, bald stärkere Instrumente zur Kontrolle der Finanzmärkte zu entwickeln. Übersehen wird dabei aber der Zusammenhang zwischen Überakkumulation von Kapital und dem Zwang zur Reinvestition. Selbst wenn die aktuellen Finanzprodukte einer stärkeren Überwachung unterzogen würden, würden bald neue Mechanismen erfunden, die Kontrollen zu umgehen.

Weiterhin stellt sich die Frage, wie eine solche Überwachung überhaupt aussehen sollte. Warum sollten staatliche Einrichtungen die Finanzströme besser kontrollieren können als die bisher auf diese Aufgabe spezialisierten Rating-Agenturen? Schon jetzt war die Komplexität der Kreditpakete nicht mehr zu durchschauen, geschweige denn zu kontrollieren.

Hinzu kommen die Eigeninteressen der KontrolleurlInnen (privat oder staatlich), die einer Kontrolle ebenfalls entgegenlaufen können. Es ist ein bürgerliches Märchen, dass der Staat ein neutraler Apparat ohne Eigeninteressen wäre: selbst wenn die Regierung wollte (was nicht der Fall ist), könnte sie sich bestimmten Zwängen nicht entziehen, die ihr nationale wie internationale Kapitalfraktionen auferlegen.

Die Rede von der Regulierung der Finanzmärkte besteht also im Grunde nur aus Wortfetzen für die Medien, denen – wie z.B. auch der immer wieder angekündigten Aufstockung der Entwicklungshilfe für Afrika – keine gravierenden Einschnitte folgen werden, oder überhaupt folgen können.

von Stefan, Revo FU

t auf die Krise?

Vorübergehende Verstaatlichungen

Ein weiteres Modell, welches u.a. von Gordon Brown (Noch-Premierminister von Großbritannien), Nicolas Sarkozy (französischer Präsident), inzwischen aber auch der deutschen Bundesregierung und sogar der Linkspartei unterstützt wird, bezieht sich auf vorübergehende Verstaatlichungen: um die strauchelnden Konzerne (und damit vorgeblich viele Arbeitsplätze) zu retten, sollen sie viel Geld vom Staat bekommen und dafür kurzzeitig auch von staatlicher Hand verwaltet werden. Bisher ist dieses Konzept nur bei einigen Banken angewandt worden; es besteht aber kein Zweifel, dass demnächst weitere Branchen folgen werden, zum Beispiel die Automobilbranche, deren VertreterInnen momentan mit allen Mitteln nach staatlichen Beihilfen betteln.

Egal wen mensch nach seinem/ihrer Konzept von Verstaatlichung fragt: fast immer bestimmt aber das Attribut „vorübergehend“ die Argumentation. Letztendlich heißt das nichts anderes als die Verstaatlichung der Verluste und die Reprivatisierung des aufgepepeltelten Konzerns. Dass dies nur auf Kosten der Arbeitenden geschieht, die ja eigentlich „gerettet“ werden sollen, ist klar. Selbst die etablierten Gewerkschaften mit ihrer „Sozialpartnerschafts“-Ideologie üben daran keine Kritik, im Gegenteil: „Die Arbeitnehmer werden ihren Beitrag leisten“, sagte beispielsweise der Konzernbetriebsratschef von Opel, Klaus Franz. Im Klartext sind damit Lohnverzicht, Mehrarbeit und Entlassungen gemeint.

Davon zeugt unter anderem der Rauschmiss zehntausender Zeit- und LeiharbeiterInnen in vielen Betrieben, oder auch die mehrwöchige komplette (!) Einstellung der Produktion bei dem US-amerikanischen Konzern General Motors. Von einer Rettung der Arbeitsplätze kann also keineswegs die Rede sein.

Doch selbst wenn mensch gutgläubig davon ausgeht, dass den Verstaatlichungen keine Reprivatisierungen folgen sollten, bleibt die Feststellung, dass es sich bei den Staaten, die die betroffenen Konzerne übernehmen sollen, um kapitalistische Staaten handelt, die dementsprechend auch der Logik des Wettbewerbs folgen müssen und wollen. Eine arbeiterInnenfreundliche Perspektive bedeutet dies in Zeiten von Hartz IV und „Sachzwängen der Globalisierung“ jedenfalls nicht.

Staatliche Konjunkturprogramme

Das letzte große Rezept, welches die bürgerliche Politik gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise anbietet, ist die Durchführung diverser staatlicher Konjunkturprogramme. Die Vorschläge reichen von Konsumgutscheinen über die steuerliche Begünstigung von KleinhandwerkerInnen-Rechnungen bis hin zu Infrastrukturprojekten wie Straßen-, Flughafen- und Kraftwerksbauten, die der Wirtschaft „neue Impulse“ geben sollen. Die tatsächlich von der Regierung geplanten Ausgaben, nämlich 5 Mrd. € für das erste und 12 Mrd. € für das zweite Konjunkturprogramm sind aber reine Farce, wenn sie mit den bisher aufgelegten „Rettungspaketen“ in Höhe von 500 Mrd. € für Banken und Kreditwirtschaft verglichen werden.

Die Partei „Die Linke“ hat ihrerseits betont, dass sie als allererste für Konjunkturprogramme eingetreten sei. Ihr „Sofortprogramm“ umfasst die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die Aufstockung der Hartz-IV-Sätze, ein Ganztagseschulprogramm usw. Generell plädiert sie für eine Erhöhung der staatlichen Investitionen ohne Rücksicht auf Neuverschuldung, da durch die folgende Ankurbelung der Wirtschaft die Schulden sowieso wieder zurückgezahlt werden könnten – also eine keynesianistische Wirtschaftspolitik, wie sie nach dem 2. Weltkrieg eingesetzt wurde. Es besteht aber kein Grund zur Annahme, dass die Ankurbelung des Konsums weitere Krisen verhindern könnte. Nur aus der immensen Zerstörung des 2. Weltkrieges ist das „Wirtschaftswunder“ der 50er und 60er erklärbar, das eine keynesianistische Wirtschaftspolitik ermöglichte. Heutzutage besteht kein annähernd so großer Markt wie vor 60 Jahren – dementsprechend kann allein eine neue Kriegspolitik und Zerstörung eine langfristig auf Keynesianismus aufbauende Wirtschaftsentwicklung ermöglichen. Das allerdings ist nicht einmal mehr im Ansatz links, sondern zutiefst reaktionär.

Auch sonst ist das Sofortprogramm der Linkspartei kritisierbar: Sicherlich ist es notwendig und richtig, einen Mindestlohn zu fordern und Sozialleistungen aufzustocken, und auch die Investitionen in Bildung und Gesundheit sind begrüßenswert. Aber konsequente Forderungen für die Sicherung von Arbeitsplätzen wie das Verbot von Entlassungen oder die Übernahme von insolventen Betrieben durch deren ArbeiterInnen gibt es bei der Partei „Die Linke“ nicht.

Revolutionäre Antwort

Das erste Gebot für eine marxistische Antwort auf die Krise besteht in der Ablehnung jeglicher Art von „Sozialpartnerschaft“, die letztendlich nur die Interessen der Unternehmen auf Kosten der ArbeiterInnen durchsetzen kann. Das bedeutet auch einen Bruch mit der bisherigen Politik der Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsbasis muss Druck von unten auf die GewerkschaftsfunktionärInnen aufbauen, endlich ihre Interessen zu vertreten bzw. eben selbst aktiv werden. Eine klare marxistische Perspektive ist nötig, die anerkennt, dass eine krisenfreie wirtschaftliche Entwicklung nur in einer rätedemokratisch organisierten, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten, geplanten Wirtschaft möglich ist. Die ArbeiterInnen dürfen sich nicht kampfflos den Versuchen der Sozialisierung der Verluste ergeben. Dazu müssen sie politisch unabhängig agieren und dürfen sich nicht vom latenten Rassismus der bürgerlichen PolitikerInnen und GewerkschaftsfunktionärInnen anstecken lassen, die durch die Krise nur den „Standort Deutschland“ stärken wollen.

Unsere grundlegenden Forderungen sind:

- ★ ein Verbot von Entlassungen,
- ★ eine drastische Arbeitszeitverkürzung inklusive Lohnausgleich,
- ★ automatische Lohn- und Rentenanpassungen an die Inflation,
- ★ die Offenlegung aller Geschäftsbücher, was ein erster Schritt hin zu stärkeren Kontrollmöglichkeiten für die ArbeiterInnen der jew. Betriebe wäre,
- ★ Vetorechte der Belegschaften bis hin zu demokratischer Kontrolle der Betriebe durch rechenschaftspflichtige und jederzeit abwählbare Räte,
- ★ eine Verstaatlichung der Banken unter ArbeiterInnenkontrolle statt einer Sozialisierung der Verluste,
- ★ und letzten Endes eine rätedemokratische ArbeiterInnenregierung, die durch die Steuerung der Kreditvergabe und der Investitionen eine aktive Planung der Wirtschaft ermöglichen.

Diese Forderungen sind im Kapitalismus nicht umsetzbar, aber erste Zugeständnisse der Herrschenden an die kämpfenden Massen sind möglich. Diese Kämpfe weisen jedoch durch ihren Charakter über das kapitalistische System hinaus und können eine Dynamik erschaffen, durch die das System gestürzt werden kann.

„Wir sind kurz, ganz kurz vorm Ausrasten!“

Solidarität mit den Jugendprotesten in Griechenland!

Seit Tagen überschlagen sich die Nachrichten über die Geschehnisse in Griechenland. Linke Jugendliche haben die stärksten Unruhen seit 25 Jahren begonnen und das linksalternative Athener Stadtviertel Exarchia ist diversen Meldungen zufolge komplett frei von Polizeieinheiten. Wie kam es nun dazu?

Die Nachrichten sind sehr unterschiedlich. Die griechische Polizei selbst behauptet, ein Querschläger habe den 15jährigen Alexandros Grigoropoulos in die Brust getroffen, nachdem „30 Autonome“ einen Polizeiwagen angegriffen hätten. Von drei Schüssen, die ein Polizist abgegeben hätte, seien zwei auf den Boden abgegeben worden, von denen einer den Jungen in die Brust getroffen hätte. Eine sehr fragwürdige Geschichte.

Deutlich glaubhafter erscheinen hier die Augenzeugenberichte, die von „kaltblütigem Mord“ sprechen. Nachdem die Jugendlichen aus einer Bar kamen, haben sie die Polizisten „verarscht“ und eine Plastikflasche auf ihren Wagen geworfen. Zwei Minuten nachdem die Situation vorbei war, kamen die Cops zurück; einer der Beiden wirft eine Blitzgranate und der Andere erschießt Alexandros mit einem Treffer in die Brust.

Rasend schnell breitete sich die Nachricht nicht nur in Athen, sondern in ganz Griechenland aus, und kurz darauf kam es zu den ersten Unruhen. Die Wut der Jugend in Griechenland über die miserable ökonomische Situation, unter der sie besonders zu leiden hat – die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei über 25%! –, kanalisierte sich durch diesen Vorfall mit der Wut gegen den Staat und die Polizeigewalt.

In ganz Griechenland wurden Polizeistationen angegriffen. PolizistInnen wurden verletzt und viele Polizeifahrzeuge zerstört. Aber nicht nur die Staatsgewalt wurde Ziel der Ausschreitungen, sondern auch Symbole des Reichtums, zu dem viele Jugendliche

niemals Zugang haben werden. Seit dem Vorfall brennen jede Nacht neue (Nobel-)Läden, (Luxus-)Autos, Banken und Barrikaden. Die Polizei, setzt massiv Tränengas ein, was aber kaum Wirkung auf die Protestierenden hat. Und nachdem die Deeskalationstaktik keinen Erfolg hatte, scheint die Regierung langsam auf hartes Durchgreifen zu setzen. Die Polizei wird mit Steinen und Brandsätzen beworfen und offensiv angegriffen. Auch im Ausland gab es Solidaritätsproteste, etwa Besetzungen von griechischen Konsulaten in Berlin oder London.

Wir, die unabhängige Jugendorganisation REVOLUTION, unterstützen die Proteste. Unsere Solidarität gilt denjenigen, die sich zur Wehr setzen gegen Staat und Polizei. Wir unterstützen die Streiks und Besetzungen der Schulen und Universitäten und freuen uns besonders über die Unterstützung der LehrerInnen, die in einen dreitägigen Solidaritätsstreik gegangen sind. Auch wenn wir die teilweise Rücksichtslosigkeit gegenüber unbeteiligten ZivilistInnen in Privatwohnungen kritisieren müssen, so bleiben wir solidarisch mit den linken Menschen, die sich gegen die unaufhörliche Gewalt des Systems auflehnen.

Auch 1983 wurde ein 15 Jähriger durch die Polizei erschossen. Die Unruhen dauerten damals zwei Monate – doch längerfristig haben diese Randalen nichts am Wesen des kapitalistischen Staates samt Polizeigewalt geändert. Damit nicht dasselbe noch einmal passiert, und die berechtigten Wutausbrüche nichts am Bestehenden ändern, muss die Verbindung zur ArbeiterInnebewegung gesucht werden. Die Ausschreitungen dürfen nicht isoliert bleiben, sondern müssen sich die Unterstützung der MigrantInnen, ArbeiterInnen, der Ausgebeuteten sichern. Andersrum muss der Generalstreik, der für den heutigen Mittwoch (10. Dezember) seit langem geplant wird, durch linke Jugendliche unterstützt werden. Nur so gibt es die Möglichkeit, die Klassenherrschaft, welche Polizeimorde erst ermöglicht, tatsächlich revolutionär zu überwinden.

Für die Freilassung der während der Unruhen Festgenommenen! Für bedingungslose Solidarität mit den Protesten! Für die Zusammenarbeit mit und Radikalisierung der ArbeiterInnenproteste! Für die revolutionäre Zerschlagung des Staates und des Kapitalismus!

von Evey, Revo Berlin, 10.12.2008

Stop

Die israelische Blockade zwingt die BewohnerInnen des Gazastreifens seit bald drei Jahren zu elendsten Lebensbedingungen. Die Hamas-Regierung hat angesichts dessen den Waffenstillstand aufgekündigt. Die israelische Außenministerin sagt dann allen Ernstes „Genug ist genug“ und die westlichen Medien plappern das wieder mal nach.

Israel hat den Gazastreifen in ein riesiges Freiluftgefängnis verwandelt. Die 1,5 Millionen EinwohnerInnen leben zusammengepfercht in einem Gebiet, das kleiner als Wien ist. Der Gazastreifen ist rundherum von Israel kontrolliert und ständig von Militärschlägen bedroht. Seit nahezu drei Jahren blockiert Israel das Gebiet und verhindert die Zufuhr von diversen Gütern des täglichen Bedarfs. Mittlerweile sind etwa 3/4 der Bevölkerung unterernährt. Die Infrastruktur ist in katastrophalem Zustand. Das einzige Kraftwerk von Gaza wurde durch israelische Luftangriffe zerstört, die Ölvorräte sind am Ende. Die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind außer Funktion.

Trotz all dem hat die Hamas-Regierung im Juni einen Waffenstillstand ausgerufen. Nachdem sich dadurch nichts Wesentliches geändert hat, wurden am 19. Dezember die Raketenangriffe gegen Israel wieder aufgenommen. Durch die selbstgebauten Hamas-Raketen wurde freilich vor dem jetzigen Angriff der israelischen Luftwaffe niemand in Israel getötet. Trotzdem versucht die israelische Propaganda die massiven Angriffe Israels auf Gaza als „Vergeltung“ hinzustellen. Tatsächlich sind die Raketenangriffe der Palästinenser/innen oftmals Verzweiflungsakte gegen den systematischen Staatsterror der israelischen Armee.

Die „einzige Demokratie“

Es darf auch nicht vergessen werden, dass Tausende palästinensische Gefangene (Männer, Frauen und Kinder) in israelischen Gefängnissen, oft ohne Prozess, festgehalten werden; sie wurden von der israelischen Besatzungsmacht verschleppt. Der Versuch der westlichen Propaganda, Angriffe der Palästinenser/innen als kriminelle Akte hinzustellen und die viel massiveren Attacken der israelischen Armee und Luftwaffe als eine Art von notwendigen Polizeimaßnahmen zu legitimieren, ist eine völlig inakzeptable Heuchelei.

Pervers wird diese rassistische Heuchelei, wenn die Israel-Fans im Westen den zionistischen Staat als „einzige Demokratie im Nahen Osten“ preisen und die selbstgerechten Regierungen in Washington, London und Berlin von Demokratisierung der Region schwätzen. Wenn die palästinensische Bevölkerung dann demokratisch ihre Regie-



pt das Massaker!

Für Proteste gegen die israelische Invasion im Gaza-Streifen!



rung wählt, sie aber dem israelischen Staat und seinen imperialistischen Hintermännern nicht passt, dann ist von Demokratie schon weniger die Rede – und soll die Hamas hinweggebombt werden. Im Westjordanland hat dieser Putsch bereits funktioniert, jetzt versucht man es in Gaza.

Die weitgehende Parteinahme der angeblich so demokratischen und „freien“ westlichen Medien für Israel steht auch ganz grundsätzlich selbst mit bürgerlich-demokratischen Prinzipien in Widerspruch. Die zionistische Besiedlung stütze sich auf Landraub, Kolonialisierung und Vertreibung. Der UN-Teilungsplan von 1947, der der jüdischen Bevölkerungsminderheit in Palästina (35%) ohnehin 54% des Territoriums zusprach, wurde von der zionistischen Führung nicht akzeptiert. Stattdessen wurden 1948/49 und 1967 immer weitere Gebiete Palästinas und Syriens erobert, die arabische Bevölkerung durch gezielten Terror vertrieben, ihre Existenzgrundlagen vernichtet, um eine Rückkehr auszuschließen.

Die „TerroristInnen“

Über Jahrzehnte lebten die verbliebenen Palästinenser/innen in einem zerstückelten Land, durchzogen von israelischen Militäreinrichtungen und militarisierten zionistischen Siedlungen, die den Großteil der Wasservorkommen okkupieren, und permanenten Übergriffen durch die Besatzungsarmee ausgesetzt; wer sich dagegen wehrt, wird von den proimperialistischen Ignorant/innen in den Redaktionsstuben der „freien

Medien“ als Terrorist diffamiert – und von der israelischen Regierung taxfrei zur Ermordung durch Armee und Geheimdienste ausgeschrieben. Die offizielle Praxis der „gezielten Tötungen“ durch die israelische Führung ist dem westlichen Establishment und seinen Schreiberlingen kaum Aufmerksamkeit wert.

Das ist natürlich kein Zufall. Die Funktion Israels und des zionistischen Projektes für den Imperialismus ist seit vielen Jahrzehnten die eines politischen und militärischen Brückenkopfes zur Beherrschung der ökonomisch so wichtigen Region des Nahen und Mittleren Ostens. Israel stellt auch für die jüdische Bevölkerung eine Sackgasse dar, die aufgrund des strukturellen Gegensatzes zu den Nachbarstaaten zu einer gefährlichen Falle werden kann.

Die israelische Führung will freilich keinen Kompromiss, sondern einen Siegfrieden, eine Befriedung der arabischen Bevölkerung durch Unterwerfung. Für die Palästinenser/innen ist ein Leben in wirtschaftlich und militärisch dem israelischen Staat ausgelieferten Ghettos vorgesehen (und wenn ein Ghetto wie der Gaza-Streifen aufmuckt, dann muss es zur Räson gebracht werden).

Die Natur der Hamas

Die Hamas entstand als Gaza-Zweig der islamistischen Moslembruderschaft, die zuvor mit sozialer Wohltätigkeit, aber auch israelischer Unterstützung (zwecks Brechung der PLO-Hegemonie), vor Allem im Gazastreifen unter den PalästinenserInnen Massenein-

fluss gewinnen konnte. Der Aufstieg der Hamas zu einem bedeutenden Faktor ging mit der zweiten Intifada ab 2000 einher; die war Ausdruck der politischen Kapitulation und der Korruption der PLO. Die Rolle der Hamas ist eine zweischneidige: Einerseits ist sie als islamistische Organisation der geschworene Todfeind der organisierten ArbeiterInnenbewegung, andererseits erscheint sie vielen PalästinenserInnen als die konsequenteste Kämpferin gegen das Besatzungsregime.

Als MarxistInnen lehnen wir eine islamistisch-bürgerliche Strömung wie die Hamas grundlegend ab. Aber wir verteidigen die demokratische Entscheidung der palästinensischen Bevölkerung, ihre Regierung selbst zu wählen. Und wir sind solidarisch mit dem Widerstand der BewohnerInnen von Gaza und den anderen palästinensischen Gebieten gegen die israelischen Aggressionskriege.

Die militärische Überlegenheit des zionistischen Staates ist gigantisch, doch auch im Libanon musste die israelische Militärmaschinerie eine demütigende Niederlage hinnehmen. Die Situation für die VerteidigerInnen von Gaza ist sicher noch schwieriger, aber dennoch ist ein politischer Sieg Israels nicht garantiert. Auch internationale Faktoren spielen in diesem Kampf eine Rolle. Deshalb ist die Verurteilung der israelischen Aggressionspolitik durch die internationale ArbeiterInnenbewegung wichtig.

Die europäische Solidarität mit Gaza muss sich von jeder Gleichsetzung der israelischen Politik mit „den Juden“, die sowohl von AntisemitInnen als auch von ZionistInnen betrieben wird, distanzieren. Sie muss gleichzeitig in ihrem Kampf gegen die israelischen Militärschläge, die Blockade und die Besatzungspolitik eindeutig sein. Sie muss sich klar gegen die fortgesetzte zionistische Okkupations- und Vertreibungspolitik stellen.

Einen Ausweg aus der verfahrenen Situation sehen wir letztlich nur in einem gemeinsamen Kampf der jüdischen und arabischen Lohnabhängigen im gesamten Gebiet des historischen Palästina. Nur die wenigsten jüdischen ArbeiterInnen sind gegenwärtig zu einer Solidarität mit ihren unterdrückten Klassenbrüdern und –schwestern bereit. Die Finanzkrise hat aber immerhin das Potential, soziale Konflikte innerhalb der israelischen Gesellschaft zuzuspitzen und den zionistischen nationalen Schulterschluss aufzubrechen. Auf den Trümmern der kapitalistischen Ausbeutungsordnung kann perspektivisch in Palästina/Israel eine binationale sozialistische Republik entstehen, die beiden Volksgruppen gleiche Rechte garantiert.

von der RSO, 30.12.08, www.sozialismus.net
Statement in voller Länge auf unserer Website

Tschüssilanti!

Hessen ist eine Art Miniaturdeutschland. Das behaupten zumindest zahlreiche PolitikwissenschaftlerInnen und PR-BeraterInnen. Schließlich hat dieses Bundesland im Herzen der Bundesrepublik eine Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur, die der gesamtdeutschen sehr ähnlich ist. Hessen ist sozusagen ein Trendsetter, denn was in Hessen passiert, soll auch auf das große Ganze anwendbar sein.

Politisch gesehen ist Hessen ein klassischer „Swing State“. In der Vergangenheit haben sich SPD und CDU geführte Regierungen regelmäßig die Klinke in die Hand gegeben. Je nachdem wie gerade der Bundestrend war, verlor oder gewann man in Hessen. Diesen Januar scheint jedoch einiges anders zu laufen – oder doch nicht? Denn der Wahlsieger scheint schon längst fest zu stehen. Nicht mal der oppositionelle sozialdemokratische Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümpel glaubt noch an eine Erfolgchance gegen den konservativen Amtsinhaber Roland Koch.

Dabei war es ausgerechnet jener Roland Koch, der vor 12 Monaten noch als völlig politisch erledigt galt. Seine Hetzkampagne gegen „kriminelle Ausländer“ fand weniger Zustimmung als von ihm erwartet und auch beim Thema Studiengebühren konnte sich Koch einer breiten Ablehnung in der WählerInnenschaft sicher sein. Es schien die Stunde der Andrea Ypsilanti zu sein, einer energiegelichen sozialdemokratischen Funktionärin vom sogenannten „linken Flügel“ ihrer Partei. Mit markigen Sprüchen für „Politikwechsel“ und gegen „Sozialabbau“ kämpfte sie um das Vertrauen der Hessen.

Doch der SPD vertrauen? War da nicht was, in der jüngeren Vergangenheit? In der Zeit von 1998 bis 2005 stellte die SPD schließlich mit Gerhard Schröder den Bundeskanzler und betrieb mit Hartz IV und Co. eine Sozialabbaupolitik, wie sie die CDU nicht ein-drucksvoller hinbekommen hätte.

Rechts und links

Sorgte Ypsilanti also tatsächlich für einen Politikwechsel, nämlich in ihrer eigenen Partei? Natürlich nicht! Ypsilanti und ihre ganzen AtzInnen machen in Hessen das, was die Sozialdemokratie seit einigen Jahren im Bund macht. Sie versuchen der Linkspartei „das Wasser abzugraben“, also zu verhindern, dass die SPD ihre komplette soziale Basis nach links verliert. Das Problem an diesem Kuschelkurs mit den alten eigenen Idealen ist vor allem eben jene Funktionärschicht von „SchröderianerInnen“, die sich als bürgerliche Kraft der „Neuen Mitte“ profilieren wollen und die alte (bürgerliche) ArbeiterInnenpartei, die die SPD einst war, längst

Zum Niedergang der SPD in Hessen und bundesweit

abgeschrieben haben. Die „linken“ SPDlerInnen sind zwar bereit, Reformen zugunsten der KapitalistInnen mitzugehen, wollen dabei aber die Einbindung von Linkspartei und Gewerkschaften verstärken, um auch soziale Proteste, wie es sie in Hessen z.B. mit der Anti-Studiengebührenbewegung gab, besser kontrollieren zu können.

Ypsilanti vermochte es nicht, den Flügelkampf siegreich zu beenden. Noch im Wahlkampf hatte Ypsilanti, um die eigene Parteirechte ruhig zu stellen, erklärt, nicht mit der Linkspartei zusammenarbeiten zu wollen. Nach der Wahl war sie jedoch auf eben diese Partei bei ihrer Wahl zur Ministerpräsidentin angewiesen. Rot-Grün fehlte die rechnerische Mehrheit im Landtag. Die Linkspartei-Abgeordneten waren sofort bereit, den sozialdemokratischen „Politikwechsel“ zu unterstützen, doch vier Abgeordnete aus der SPD versagten Ypsilanti die Zustimmung.

Die Neuwahlen

Am 18. Januar stehen in Hessen nun Neuwahlen an. Die SPD wird wahrscheinlich gleich zu Beginn des „Superwahljahres“ eine demütigende Wahlniederlage erleiden und damit ein Signal für ganz Deutschland setzen, ebenso wie es Wahlen in Hessen schon oft in der Vergangenheit getan haben.

Inwiefern die Ereignisse in Hessen auf ein vollständiges Auseinanderbrechen der SPD hindeuten, ist schwer zu beantworten. Tatsache ist, dass die Sozialdemokratie nun schon seit fast fünf Jahren kontinuierlich auf beiden Parteiflügeln verliert. Während der linke- und Gewerkschaftsflügel in Richtung Linkspartei

abwandert, verliert die SPD auf ihrer Rechten an die bürgerlichen Parteien, vor Allem an die Grünen.

Dies ist jedoch kein rein temporärer Verlust; Für die Partei ist dies eine langsame Kernschmelze. Mit dem Verlust von Mitgliedern und WählerInnen geht der Verlust von Abgeordnetenmandaten einher, auch der Verlust vieler FunktionärInnen – und mit deren Wegbrechen verliert die SPD Einfluss in den für sie so wichtigen Gewerkschaften. Die Partei dient für junge KarrieristInnen kaum noch als Sprungbrett nach oben.

Trotzdem ist sie mit über 500.000 Mitgliedern immernoch als die stärkste Partei in der deutschen Arbeiterbewegung der Linkspartei um das Siebenfache überlegen. Dies ist aber nur im Westen Deutschlands so: Im Osten wird sich dieses Jahr die Linkspartei wahrscheinlich mit einer Reihe von Wahlsiegen als die politische Alternative zur CDU etablieren. Die SPD wird dort zum Juniorpartner, entweder von der CDU oder der Linkspartei. In Sachsen droht ihr vier Wochen vor der Bundestagswahl ein zudem sehr bitteres Desaster. Sie ist dort nur unwesentlich stärker als die rechtsextreme NPD: 9,8 zu 9,2% bei der letzten Landtagswahl. Sollten die Nazis dieses Jahr stärker werden, könnte die SPD zur nur noch viertstärksten Kraft im Land Sachsen absteigen.

Die Zukunft der Sozis

Die Sozialdemokratie also bald nur noch außerparlamentarische Opposition? Das Auseinanderbrechen einer großen Partei wird natürlich nicht über Nacht passieren. Aber der längerfristige Niedergang der SPD eröffnet Möglichkeiten für RevolutionärInnen. Denn in der ganzen Geschichte der BRD hat die Sozialdemokratie die Funktion erfüllt, die ArbeiterInnenbewegung von radikalen Einflüssen abzukapseln.

Der Platz links von der SPD wird momentan hauptsächlich von der Linkspartei besetzt. Viele ArbeiterInnen glauben, dass diese Partei ihre Interessen vertritt oder zumindest ein „kleineres Übel“ im Vergleich zu den anderen Parteien darstellt. Um mit diesen ArbeiterInnen in einen Dialog zu treten, kann es legitim sein, diese Partei bei den Wahlen kritisch zu unterstützen, wenn gleichzeitig betont wird, dass ihr Reformismus überhaupt keinen Bruch mit dem herrschenden System darstellt. Wenn die Linkspartei in die Verantwortung kommt – wie wir vor Kurzem in Hessen gesehen haben – zeigt sie selbst, dass sie kaum mehr als eine Mini-Sozialdemokratie ist.

von Carsten, Revo Berlin



KULTURREVOLUTION



The Streets: Everything is Borrowed

Mike Skinner, besser bekannt als „The Streets“, ist ein unscheinbarer Typ aus Birmingham.

Aber diese Besinnlichkeit kann kaum auf die Bühne übertragen werden, wie mensch zum Beispiel am 3. November beim Konzert im Huxley's in Berlin-Neukölln beobachten konnte. Skinner wirkte nicht gerade wie ein Dichter, sondern wie der dümmste Arsch aus Großbritannien, der gerade vom EasyJet-Flugzeug gestiegen ist und mit einer Pubcrawl durch Friedrichshain zieht. „Does anybody have a Jägermeister?“ schreit er in die Menge. „Because I came to paaaaarty!“

Dabei hat er gerade eine Platte auf den Markt gebracht, die in verschiedener Hinsicht neue Richtungen für „The Streets“ bedeutet. „Everything is Borrowed“ kommt ganz ohne elektronische Beats aus, hat aber dafür einen großen Chor. Überhaupt werden viele musikalische Stile abgedeckt, von Funk zu Gospel bis Kinderliedern, alles mit dem ungewöhnlichen Sprechgesang von Skinner. Während „The Streets“ mit Texten über den Alltag der jungen *working class* in England berühmt wurde – etwa, ob er eine SMS an die Frau aus der Disko schicken oder lieber ein paar Tage warten sollte – behandeln die neuen Tracks große Themen wie Religion, Liebe und Selbstmord.

Ganz unerwartet schlägt „The Streets“ sogar politische Töne an, zum Beispiel über den Klimawandel. Skinner singt, nach einer Vorlage des US-Komikers George Carlin, dass nicht die Erde gefährdet ist, sondern nur die Menschen, die darauf leben: „Die Erde wird noch lange hier sein, nachdem wir dem Weg des Dodos gefolgt sind.“ Im Text beschreibt er wunderbar, wie Individuen, die mitten im Marktchaos das eigene Überleben sichern müssen, sich nicht um die Gesamtwirtschaft

kümmern können. Auch im Video von „Everything is Borrowed“ sieht man Skinner als Familienvater, der gerade aus dem Haus geworfen wird.

Das fast ausschliesslich studentische Publikum beim Konzert in Berlin hat vielleicht etwas Reflektiertes erwartet. Doch schon die Konzerthalle – Huxley's Neue Welt am Hermannplatz – liess gleich beim Eintritt Schlimmes vermuten: es gab ein starkes Echo (bei Sprechgesang!) und Securitys, die mit ihren schwarzen Uniformen und Armeestiefel stark an 1984 erinnerten.

Auf der Bühne wirkte Skinner nicht gerade philosophisch: mit einer Hand in der Tasche, während er sich mit der anderen am Kopf kratzte. Er strahlte eine forcierte Partystimmung aus: Ein sonst verklemmter Mensch, der ganz viele Amphetamine nimmt, um etwas sozialer und extrovertierter zu wirken. Der typische Easyjet-Tourist halt.

Damit wirkte Skinner ein bisschen wie ein Antipopstar. Unsere Popstars stellen Ideale dar – Schönheit, Talent, Glamour – die wir für unerreichbar halten. Umso faszinierter blättern wir durch die Boulevardblätter, um zu erfahren, wie sie durch Drogensucht und Familiendrama leiden, um ihre menschliche Seite zu sehen. Skinner dagegen trägt seine Menschlichkeit sehr offen zur Schau: ein kleiner Mann aus Birmingham auf der Bühne, vor der großen Menschenmenge komplett überfordert und eher traurig als verwundert. Jedem/r aus dem Publikum würde es in einer ähnlichen Situation ähnlich gehen, oder?

Vielleicht sollte „The Streets“ den Beatles folgen und nur noch im Studio arbeiten. Denn die Auftritte mögen zum Nachdenken gut sein, aber unterhaltsam sind sie nicht wirklich – erst recht keine 30 Euro wert!

von Wladek, Revo Berlin

Alleine ist es schwer zu kämpfen! Deswegen organisieren wir uns in der unabhängigen Jugendorganisation **REVOLUTION** und kämpfen für eine Welt ohne Rassismus, Sexismus, Umweltzerstörung, Ausbeutung und Krieg – für eine Welt ohne Kapitalismus! Willst du mitkämpfen? Schau einfach bei der Revo-Gruppe in deiner Nähe vorbei oder besuche unsere Seite!

REVOLUTION Germany

berlin@revolution.de.com

fu@revolution.de.com

dresden@revolution.de.com

kiel@revolution.de.com

rostock@revolution.de.com

rosto

REVOLUTION Weltweit

Portal • www.onesolutionrevolution.org

Schweiz • www.revolution.ch.tc

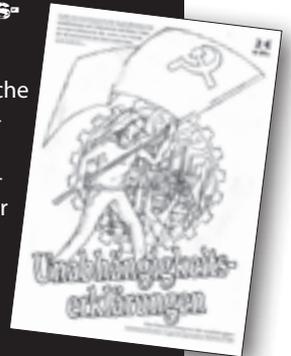
Tschechien • www.revo.cz.tc

Australien • www.revo.au.tt

Unabhängigkeits- erklärungen

Sollte eine kommunistische Jugendbewegung unabhängig sein? Antworten auf diese Frage von Liebknecht, Lenin, Trotzki, der Kommunistischen Internationale und anderen.

40 Seiten, 2€



Grundsatz- positionen

Ein neues programmatische Dokument von REVOLUTION, beschlossen im Juli 2008: eine Strategie, die wir allen Jugendlichen vorschlagen, die gegen den Kapitalismus kämpfen wollen.

16 Seiten, 1€



V.i.S.d.P.: R. Müller, Hamburg

ANZEIGE

China

auf dem Weg zur Weltmacht?

China wurde durch die Restauration des Kapitalismus in den 90er Jahren vom stalinistischen Vogelkäfig zur kapitalistischen Katze. Wird China jetzt zu einer neuen Weltmacht, die sogar die USA und die EU herausfordern kann? Eine marxistische Analyse.

96 Seiten, 3,50€ • www.sozialismus.net



Vor 50 Jahren, in der Nacht zum 1. Januar 1959, ist der kubanische Diktator Fulgencio Batista aus dem Land geflohen. Am nächsten Morgen sind RebellInnenentruppen unter dem jungen Anwalt Fidel Castro in die Stadt Santiago de Cuba einmarschiert. Die kubanische Revolution war aber nicht allein das Werk von ein paar tausend Guerilleros. Die Studierenden, deren Proteste gegen Batista die Universitäten des Landes geschlossen hatten und vor allem die ArbeiterInnenbewegung, deren Generalstreik die Hauptstadt lahm gelegt hatte, spielte ebenfalls eine wichtige Rolle dabei, den Diktator zur Flucht zu zwingen.

Die Einnahme Santiagos markierte den Sieg einer Revolution, die zu diesem Zeitpunkt noch überhaupt nicht sozialistisch war. Castro erklärte: „Die kubanische Revolution ist nicht rot sondern olivgrün“. Doch die US-Regierung konnte auch kein unabhängiges, nicht-sozialistisches Regime in ihrer Halb-Kolonie Kuba dulden: sie überzog die Castro-Regierung mit Sanktionen, so dass diese sich an die UdSSR für Hilfe wenden musste.

Castro erklärte am 16. April 1961, zwei Jahre nach dem Einmarsch in Santiago, die Revolution nachträglich zu einer sozialistischen. Zu dieser Zeit wurden kubanische und ausländische KapitalistInnen enteignet und eine Planwirtschaft etabliert. Diese Wirtschaft unterstand allerdings nicht der Kontrolle durch die Massen in Räten, sondern nur ihrer selbsternannten „Avantgarde“, einer Partei- und Staatsbürokratie.

Da Kuba nicht direkt dem kapitalistischen Markt und seinen Zwängen unterworfen ist, genießen die KubanerInnen Rechte, die für andere Länder Lateinamerikas ein Traum wären: kostenlose Gesundheitsversorgung gibt es für alle Menschen, so dass die Lebenserwartung ganze 77 Jahre beträgt und die Alphabetisierungsrate ist höher, die Kindersterblichkeit niedriger als in den USA. Es gibt keine kubanischen SoldatInnen in fremden Ländern aber dafür Hilfeprogramme in Venezuela

Sommer, Sonne, Sozialismus?

50 Jahre nach der Revolution – wohin geht Kuba?

oder Alphabetisierungskampagnen in Bolivien unterstützen.

Trotzdem ist die kubanische Wirtschaft von Ineffizienz und Korruption geprägt. Die BürokratInnen die die Wirtschaft lenken sind nicht in der Lage, die Bedürfnisse der Menschen einzuschätzen bzw. ihre Fähigkeiten effizient einzusetzen. Nur eine demokratische Planwirtschaft wäre dazu in der Lage.

Sozialismus?

Vor allem nach dem Rücktritt Fidel Castros letztes Jahr und dem Amtsantritt seines jüngeren Bruders Raul stellt sich die Frage: Wohin geht Kuba? Im Wesentlichen gibt es drei Perspektiven:

1) die kubanische Elite, die 1959 enteignet wurde und seitdem in Miami bummelt und die US-Regierung wünschen sich Folgendes: das kubanische Regime soll gestürzt und durch ein US-höriges ersetzt werden. Damit könnte Kuba zu einem Billiglohnland, ohne jeglichen sozialen Schutz für seine EinwohnerInnen, wie seine Nachbarn in der Karibik werden.

2) Teile der Bürokratie, die Kuba seit der Revolution beherrschen, wünschen sich Folgendes: die kubanische Planwirtschaft soll schrittweise, unter Führung der Kommunistischen Partei, in eine Marktwirtschaft verwandelt werden. Dieser „chinesische Weg“ wird vor allem vom kubanischen Militär gepusht, das viele „Joint Ventures“ mit ausländischen Konzernen betreibt.

3) Teile der ArbeiterInnenklasse, die unter politischer Repression leidet, wünschen sich Folgendes: die kubanische Wirtschaft wird

demokratisiert, die Bürokratie gestürzt und durch ein System von demokratischen Räten ersetzt. So könnte der Korruption und der schleichenden Einführung des Kapitalismus ein Ende gesetzt werden.

Noch eine Revolution?

Die kubanische Regierung bleibt heute sehr populär, weil sie im Gegensatz zu den meisten Regierungen Lateinamerikas nicht einfach den Befehlen aus Washington nachplappert. Aber ihr System ist seinem Wesen nach sehr instabil und wird früher oder später einem „normalen“ Kapitalismus oder einem demokratischen Sozialismus weichen müssen. Damit die Rechte der kubanischen Bevölkerung erhalten bleiben, muss sich die letzte Option durchsetzen.

Sozialismus muss international sein. Eine Insel mit 11 Millionen EinwohnerInnen, die kaum über Industrie verfügt und vom US-Imperialismus bedroht wird, kann nicht allein ein sozialistisches System aufbauen. Deswegen wird eine politische Revolution gegen die Bürokratie Teil einer Revolution auf dem gesamten lateinamerikanischen Kontinent sein müssen. Die Erhebungen der letzten Jahre in Argentinien, Bolivien, Venezuela und vielen anderen Ländern machen deutlich, dass nicht nur Kuba von einem Bruch mit der Marktwirtschaft profitieren würde.

Eine solche Revolution gegen die Bürokratie würde nicht bedeuten, dass alle Mitglieder der Kommunistischen Partei aus ihren Ämtern entfernt werden müssten – zweifelsohne gibt es viele unter ihnen, die dem Sozialismus mehr verpflichtet sind als dem Regime. Aber es bedeutet, dass die bürokratische Kaste, die durch die Tourismusbranche enorme Privilegien im Vergleich zur Normalbevölkerung bekommt (Handys, DVD-Spieler und besseres Essen) gestürzt, und durch ArbeiterInnenräte ersetzt werden.

In diesem Sinne verteidigen wir die Errungenschaften der kubanischen Revolution gegen Angriffe von außen, sei es von den USA, der EU, Mexikos... Aber wir verteidigen auch die Planwirtschaft gegen jene Teile der Bürokratie (wie etwa die höhere Offizierskaste), die sie am liebsten ganz abschaffen würden, um ihre Privilegien in ein kapitalistisches System zu übertragen. Solidarität mit der kubanischen Revolution bedeutet auch Unterstützung für eine unabhängige ArbeiterInnenbewegung, die das System grundlegend ändert.

von Wladek, Revo Berlin

